

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Klesch & Reichardt in Dresden.

A. F. Kogler & Co., Papierhandlung, Rossmaringasse 3, nahe Schlossstrasse.
Grosse Auswahl in **Fließbandmaschinen** bewährter Systeme, sowie Goldfedern für jede Hand passend. Der Vorteil einer Goldfeder ist, dass sie sich selbst bei jahrelangem Gebrauch nicht abnutzt. Umtausch innerhalb 14 Tagen gestattet. Reparaturen prompt und billig.
Gegründet 1858. • Fernsprecher 1562.

Hauptgeschäftsstelle:
Barientraße 38/40.

Begnadigung
Die Begnadigung des in der Strafkammer zu Dresden verurteilten Straftäters ...

Anzeigen-Zarif
Annahme von Anzeigen bis zum ...

Telegraphische Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Beachten Sie die Schaufenster der
„Raumkunst“
Dresden-A., Viktoriastrasse 5/7.
Brautausstattungen
in grösster Auswahl bei billigsten Preisen.



Zacherlin
aber nur in Flaschen, wo Plakate aushängen.



**„Königliche Hof-“
Gummipflanzung
mit Kautschuk.
E. Böhme's
rother Gartenschlauch.**
Telefon 1.3894.
L. Bismarckstrasse 10, Dresden

Reise-Artikel und Lederwaren **Robert Kunze**, Altmarkt-Bathaus und Prager Strasse 30.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Heiter, heiss.
Die „Tägl. Rundsch.“ hält ihre Nachricht vom Rücktritt des Generalstabchefs v. Molke aufrecht.
Bei den Berliner meteorologischen Stellen erwartet man in den nächsten 48 Stunden leichte Regenfälle und eine geringe Abkühlung der Temperatur.
Unter den aus Luxemburg ausgewiesenen Deutschen befindet sich Robert Mannesmann.
Das Kirchdorf Deßstedt bei Lese wird von einer grossen Feuersbrunst heimgesucht.
Die Großherzogin von Luxemburg wird demnächst anlässlich ihrer Thronbesteigung dem belgischen Hofe einen Besuch abstatten.
Bei der Station Mordowo (Rußland) fanden 68 Wallfahrtsfrauen bei einem Brande ihren Tod.

Britische Sorgen.

Eine leise Antipathie scheint augenblicklich an der Themse zu herrschen. Ungebrochen mild und friedlich hat sich Mr. Grey über Englands auswärtige Politik geäußert, fast herzlich waren seine Ausführungen über die deutsch-englischen Beziehungen, und das Bild, das er von der allgemeinen Weltlage entwarf, möchte man fast schon nennen. Wenigstens, wenn man es oberflächlich besehen. Es gibt viele Leute in Deutschland, die über jede lebenswürdige englische Phrase in helles Entzücken geraten und gern bereit sind, Worte für Taten zu nehmen. Die Friedensschalmei Grey hat denn auch in Deutschland ein lebhaftes und recht freundliches Echo geweckt, und man verneigt sich, daß Mr. Grey auch noch etwas anderes gesagt hat als freundliche Worte, daß nämlich die britische Regierung nicht in der Lage sei, auch nur ein Schiff von den gegen Deutschland aufmarschierenden Seestreitkräften aus der Nordsee zu entfernen. Diese „Kleinigkeit“ wollen wir doch in nicht vergessen. Man kann den deutsch-englischen Annäherungsversuchen den besten Erfolg wünschen, aber wenn lebenswürdige Reden die beiden Völker näher bringen könnten, dann müßten Briten und Deutsche schon längst die dicksten Freunde sein. Ehe nicht England einen wirklichen Beweis dafür geliefert hat, daß es ihm Ernst ist mit seinen Annäherungsversuchen an Deutschland, haben freundliche Reden britischer Minister auch nicht den geringsten Wert.

In diesem Falle scheinen die englischen Lebenswürdigkeiten noch eine besondere Ursache zu haben. Im Gegensatz zu Herrn Grey, der das Weltbild im rosigsten Licht schilderte, hat das offizielle englische Organ, die „Westminster Gazette“, ziemlich deutlich der Befürchtung Ausdruck gegeben, die Zusammenkunft in Baltisch-Port könne die Möglichkeit einer deutsch-russischen Kombination geben und so den Anlaß für England bilden, die Rüstungen abermals zu verstärken. Das ministerielle Blatt war offenbar weniger als der Minister selber, der die Kaiser-Zusammenkunft in Baltisch-Port im Interesse Englands begrüßte. Man wird wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß die Tage von Baltisch-Port der britischen Regierung schwere Sorgen bereiten. Die offizielle Erklärung der beiden Mächte, „die zwischen beiden bestehenden altertümlichen Traditionen hochhalten“ zu wollen, heißt nichts anderes, als daß man nicht gewillt ist, im Falle einer frierischen Verwicklung einander in den Rücken zu fallen. Man braucht gar nicht mehr herauszulesen, um die gewaltige Bedeutung dieses Entschlusses recht wahrhaftig zu können. Er macht den Wert der Trivalentente, die feinerseitig gegen Deutschland ins Leben gerufen worden ist, einfach illusorisch. Das weiß man an der Themse sehr wohl, und darum bläst man augenblicklich in London die Friedensschalmei. Mit einem wiederholten Händedruck versichert man uns, wie freundschaftlich man Deutschland gesinnt sei, und wartet auf den Tag, an dem wieder eine Wendung eintritt zuungunsten Deutschlands.
Dann kommt jetzt noch eine zweite Bestimmung, die augenblicklich das Thema des Tages ist. Der Panamakanal ist vor seiner Vollendung, und die Nordamerikaner ärgern nicht, sich in jeder Hinsicht zu unumschränkten Herren dieser ungemein wichtigen Wasserstraße zu machen. Die europäischen Mächte haben sich längst damit abgefunden, daß die Union im neuen Erdteil nach Belieben schalten und walten. Von keiner Macht hat sich England eine herabsetzende

Vergewaltigung seiner Rechte bisher gefallen lassen, als von Nordamerika. Die Geschichte des Panamakanals beweist es. Im Jahre 1848 plante die Union den Bau eines Nicaraguakanals, sie schloß daher einen dahin lautenden Vertrag mit der Republik Neugranada, dem jetzigen Kolumbien. Der Vertrag wurde aber nicht ratifiziert. Er wurde im Jahre 1850 abgelöst durch den zwischen England und den Vereinigten Staaten geschlossenen Clayton-Bulwer-Vertrag, in welchem die beiden Mächte sich dahin verständigten, mit einem der zentralamerikanischen Staaten eine Vereinbarung über den Bau eines interozeanischen Kanals abzuschließen. Der Artikel I dieses Vertrages lautet: „Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritannien erklären hiermit, daß keine von beiden jemals für sich eine ausschließliche Kontrolle über besagten Kanal erlangen oder behaupten wird; keine von beiden wird Befestigungen, die ihn oder die Nachbargebiete beherrschen, errichten oder erhalten, noch irgend einen Teil Zentralamerikas okkupieren, besetzen, anneklieren oder irgendwelche Obergewalt darin ausüben.“ Dieser Vertrag blieb in Geltung bis zum 3. Februar 1900, an dem der erste Hay-Pauncefote-Vertrag abgeschlossen wurde, in dem England auf den Bau eines Kanals verzichtete. Dafür verpflichtete sich die Union, den zu bauenden Panamakanal zu neutralisieren. Die Bestimmung, daß der Kanal nicht befestigt werden dürfte, blieb bestehen. Dieser Vertrag wurde jedoch vom Senat in Washington nicht genehmigt, und so mußte sich England bequemen, am 18. November 1901 einen zweiten Hay-Pauncefote-Vertrag mit der Union zu schließen, der ihr das Recht gab, eine militärische Polizei am Kanal zu unterhalten. Nordamerika schloß dann 1903 einen Vertrag mit der von ihm zu diesem Zweck neugegründeten Republik Panama, durch den das Land je fünf Meilen zu beiden Seiten des Kanals an die Union abgetreten wurde. Ferner bestimmte der Artikel 23 des Vertrages, daß, wenn es jemals notwendig werden sollte, „zur Sicherung oder zum Schutze des Kanals oder der Schiffe, die ihn benutzen, oder der Eisenbahnen und Hilfsanlagen bewaffnete Macht zu verwenden, die Vereinigten Staaten das Recht haben sollen, jederzeit und nach ihrem Belieben ihre Polizei, sowie ihre Land- und Seemacht zu gebrauchen, und zu diesem Zweck Befestigungen anzulegen.“

England hat das alles stillschweigend hingenommen, es hat eine Nachgiebigkeit gezeigt, die die größte Verwunderung erregen muß. Warum nun dieses Zurückweichen? Im Jahre 1901 brauchte England die Neutralität der Union, da es im Begriff war, die Burenrepublik zu annektieren. Heute wird man dieses Opfer, das Nordamerika zum Herrn des Panamakanals macht, in England lebhaft bedauern, und das um so mehr als die Union im Begriff ist, auch die übrigen Bestimmungen des Vertrages einfach zu ignorieren. In dem zweiten Vertrag vom Jahre 1901 heißt es nämlich: „Der Kanal soll offen sein für alle Handels- und Kriegsschiffe aller Nationen zu vollkommen gleichen Bedingungen. Mit keiner Nation, welche es auch sei, ihren Bürgern oder Untertanen soll irgendwelcher Unterschied gemacht werden in den Bedingungen und Lagen, die auf dem Verkehr liegen, oder auf andere Weise. Sie sollen vollkommen gleich sein.“ Jetzt legt aber dem Senat ein Gesetz vor, das sich mit der Regelung des Verkehrs im Panamakanal befaßt. Danach sollen die amerikanischen Schiffe geblühnster durch den Kanal fahren, die übrigen Schiffe aber nicht. Ferner befindet sich in dem Reglement eine Klausel, die bestimmt, daß Schiffe, die einer Eisenbahn angehören, die Fahrt durch den Kanal unterliegt werden soll. Damit will man verhindern, daß die mit den Schiffahrtslinien zusammenhängenden Eisenbahnen den Verkehr auf dem Kanal durch billige Tarife monopolisieren. Getroffen wird hierdurch aber vor allem die kanadische Pazifiklinie, die auch Schiffe besitzt.

Buzzett sind nun kanadische Staatsmänner in London, um dort die Reichsverteidigung zu verhandeln. Es soll bisher nicht allzu viel dabei herausgesprungen sein. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß sie die Londoner Regierung veranlaßt haben, gegen den amerikanischen Entwurf Protest einzulegen, da die Interessen Kanadas hierdurch schwer geschädigt würden. Formell ist England mit seinem Protest ohne Frage im Recht, es ist aber mit seinem Protest in Washington Erfolg haben wird, ist sehr zweifelhaft. Die Amerikaner haben England aus einer Position nach der anderen ver-

drängt, sie werden den Protest höflich entgegennehmen und den Gesetzentwurf, der im Senat die Mehrheit haben soll, voraussichtlich trotzdem annehmen. Denn der Kanal soll, wie vor länger als Jahresfrist der New Yorker „Sun“ einmal ausgeführt hat, ein amerikanischer sein „and nothing but an American canal“.

Englische Sorgen. Das schöne Gemälde Mr. Grey von der Weltlage hat bei näherem Zusehen doch recht dunkle Stellen, die namentlich dem Londoner Kabinett schwere Sorgen machen. Sie erklären wohl besser als alles andere die augenblickliche deutschfreundliche Stimmung an der Themse.

Im Anschluß hieran ist folgende Meldung von Interesse: Staatssekretär Knox hat dem Senat von dem Protest Englands gegen die Panamakanalbill in einem Briefe an den Vorsitzenden der Senatskommission für interozeanische Kanäle, Mr. Brandegee, offiziell Mitteilung gemacht. Der Brief, in dem die englischen Einwendungen auseinandergesetzt werden und der vom englischen Geschäftsträger Mr. Mitchell's erbobene Protest besprochen wird, wird allgemein aufgebracht als Ausdruck der Unzufriedenheit des Staatsdepartements, die acamie Angelegenheit dem Kongress zu überlassen. In seinem Briefe erklärt Staatssekretär Knox, aus der englischen Protestnote gehe hervor, daß es die Ansicht der britischen Regierung sei, daß die Eximierung aller amerikanischen Schiffe von der Zahlung der Kanalschleife eine Verletzung des Hay-Pauncefote-Vertrages bedeuten würde, daß es ferner grundsätzlich keinen Unterschied machen werde, ob man den amerikanischen Schiffen solche erlasse, nur um sie wieder zurückzuführen, oder ob man sie ihnen überhaupt erlasse. Die englische Note bräde die Ansicht aus, daß dieses Verfahren, den Schiffen solche abzunehmen, sie ihnen aber wieder zu erhalten, wenn es vielleicht den Vertrag dem Buchstaben nach erfülle, so doch jedenfalls gegen den Geist verstoßen würde.

Drahtmeldungen

Keine Reise der Kaiserin nach Südenland.
London. (Priv.-Tel.) Der Berliner Korrespondent der „Daily Mail“ hat vom Hofmarschallamt der deutschen Kaiserin die Mitteilung erhalten, daß die von deutschen und englischen Blättern gebrachte Meldung, daß die Kaiserin im Herbst die Südküste von England besuchen werde, unrichtig sei.

Zum angeblichen Rücktritt des Generalstabchefs v. Molke.
Berlin. (Priv.-Tel.) Zu dem Dementi der Nachricht über den Rücktritt des Generalstabchefs v. Molke schreibt die „Tägl. Rundsch.“: Es ist nicht das erste Mal, daß uns eine Nachricht durch den offiziellen Dementierapparat bestätigt wird. Wir hatten über die Gründe für den Rücktritt Herrn v. Molke's keinerlei Andeutungen gemacht, am wenigsten die, daß er aus Gesundheitsrückgründen erfolge. Die Gründe liegen auf einem ganz anderen Gebiet. Daß General von Molke sich der besten Gesundheit erfreut, war uns bekannt. Wenn das offiziöse Dementi so tut, als ob wir etwas anderes behauptet hätten, so sucht es damit vergebens von der Sache abzulenken. Der Herbst wird ja wieder einmal erweisen, wer Recht hat.

Zum Zwist im nationalliberalen Lager.
Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt in ihren Rückblicken: „In unseren Rückblicken vom 30. Juni hatten wir die Auseinandersetzungen innerhalb der nationalliberalen Partei erwähnt, und die zwischen den beiden Gruppen der Partei erörterten Streitpunkte näher bezeichnet. Die betreffende Stelle unserer Ausführungen ist in zweifacher Weise mißverstanden worden, einmal der Form nach, indem man daraus eine Kundgebung der Regierung hat machen wollen, was, wie bereits früher erklärt, für unsere Rückblicke am Wochenanlasse nicht angängig ist, sodann aber auch dem Inhalt nach. Wir hatten geschrieben, daß es sich bei dem von uns bedauerten Zwist im nationalliberalen Lager u. a. um programatische Fragen der Stellung zur Monarchie beim zum Verfassungsausschuss und zur Sozialdemokratie handle. Aus dieser einfachen Inhaltsangabe hat man herauslesen wollen, die „Nordd. Allg. Ztg.“ habe der nationalliberalen Partei mit einem Ausdruck des Zweifels an der Festigkeit ihrer monarchischen Gesinnung zu nahe treten wollen. Das hat uns fern gelegen, und wir verwahren uns gegen eine solche Auslegung. Bei diesem Anlaß möchten wir einen Irrtum berichtigen, dem die „Reichs-Anh.“ in einer Zuschrift von „internationaliberaler Seite“ Raum gegeben hat. Es wird dort dem Reichsminister und seiner Umgebung zu den Meinungsverschiedenheiten im nationalliberalen Lager eine einseitige Parteinahme nachgelagt, nach der von unseren Erkundigungen die Regierungshalten sich fern gehalten haben. Ramentlich ist es nicht zutreffend, daß der Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei bei der ersten Verhandlung der internationalliberalen Braunschweiger „eine Hand im Spiele gehabt“ hat.“